



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 101 – August 2018

SB02Z032719 S
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

KHD TÄGLICH AKTUELL IM INTERNET

www.khd.at

Wann kommen Sie uns besuchen?

Noch immer nutzt nur ein kleiner Teil unserer Bezieher die Möglichkeit, uns im Internet unter www.khd.at zu besuchen. Leider! Nur als unser ständiger Gast im INTERNET sind Sie am Laufenden! Nutzen auch Sie diese Möglichkeit und klicken Sie täglich www.khd.at an!

Wir bieten Ihnen:

Tagesaktuell alle den KHD und auch die KONSENSGRUPPE betreffenden Neuigkeiten. Unter anderem: Pressemitteilungen, Presseberichte über uns, DER KÄRNTNER als PDF-Datei zum Nachlesen und Ausdrucken, viele Details und Bilder über unsere Veranstaltungen.

Asyl ist kein Freibrief



Mit offenen Armen wurden 2015 Zehntausende Flüchtlinge an der Grenze, in Bahnhöfen und auf den Straßen willkommen geheißen, beherbergt und großzügig gepflegt. Dass sich in der illegal ins Land geströmten Masse, nicht nur vor Krieg und Gewalt geflohene Schutzbedürftige befunden haben, ging in der anfänglichen Willkommenseuphorie unter.

Erst allmählich machte die Euphorie einer Ernüchterung Platz

Denn bald traten die gewaltigen Unterschiede zwischen unserer abendländisch-christlichen und der orientalisches-muslimischen Kultur zutage. Unterschiede, die sehr schnell die Erwartung von einer raschen Integration der in Massen Zugewanderten wie Seifenblasen zerplatzen ließen.

Der Asylstatus wurde in großem Umfang erschwindelt

- 80 Prozent der Flüchtlinge sind ohne Papiere eingereist. Ein bedeutender Anteil davon aus sicheren Ländern, um sich als Syrer oder Iraker auszugeben und damit einen sicheren Asylbescheid zu erschwindeln.
- Unter den ohne Ausweis eingereisten, sich als minderjährig ausgegebenen Flüchtlingen, befanden sich amtlichen Stichproben zufolge mindestens 25 Prozent Erwachsene. Diese haben sich damit den lukrativen Status als minderjährige Schutzbedürftige behandelt zu werden, in betrügerischer Weise erschwindelt und damit den Staat in Millionenhöhe betrogen.

Ein großer Teil der Immigranten ist nicht bereit, sich uns anzupassen

Nach den massenhaft aufgedeckten Betrü-

Von Josef Feldner

gereien der illegal zugewanderten Flüchtlinge, lässt die weitere Entwicklung der Flüchtlingsfrage die Alarmglocken läuten, zumal ein großer Teil der in den letzten Jahren ins Land gekommen muslimischen Immigranten keine Bereitschaft zur Integration zeigt, sondern eine Islamisierung Europas anstrebt:

- Dank falsch verstandener Toleranz kann sich der politische Islam in großen Teilen Europas ungehindert ausbreiten. Salafisten verteilen in den Großstädten massenhaft und kostenlos den Koran.
- Die Scharia, die mittelalterliche offen gegen christliche Werte gerichtete muslimische Gesetzgebung findet immer größere Verbreitung.
- Größtes Alarmzeichen ist die bereits in den Grundschulen von muslimischen Kindern ausgehende Gewalt, die längst außer Kontrolle geraten ist. Antisemitische und antichristliche Verbalattacken üfern in Gewaltakte gegen Schüler und Lehrer aus. (Siehe Seite 6).
- Das wird erklärt durch die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie. Dieser zufolge sind 34,6 Prozent der österreichischen Muslime Fundamentalisten und 73 Prozent der Muslime insgesamt stellen den Koran über die österreichischen Gesetze.

Das alles kann nicht mehr nur mit Randscheinungen erklärt werden, das ist längst bereits ein massenhaft auftretendes Bestreben von muslimischen Immigranten, uns ihre orientalische Lebensweise aufzuzwingen.

Dem muss entgegengetreten werden:

Von der Politik, von allen öffentlichen Einrichtungen, von der Zivilgesellschaft, von uns allen. Geschieht dies nicht, dann ist unsere Lebensweise, unsere Kultur insgesamt in höchstem Maße gefährdet.

Den Migranten ist bei jeder Gelegenheit klarzumachen:



Ihr seid nur Gast in unserem Land, ihr habt als solche unsere Regeln zu akzeptieren sowie Dankbarkeit und Anpassungsbereitschaft zu zeigen. Nicht wir haben uns euch, sondern ihr habt euch uns anzupassen! Das sind die Eckpfeiler einer von jedem Migranten einzufordernden Ankommenskultur. Seid ihr dazu nicht bereit, dann habt ihr den Schutzstatus und euer Aufenthaltsrecht verwirkt.

Und dennoch: Ein großer Teil der bei uns Aufnahme gefundenen Migranten ist froh und dankbar bei uns leben zu dürfen, wie das der Aufruf eines der Hölle von Aleppo entkommenden Flüchtlings zum Ausdruck bringt (siehe Bild). Mit diesen Immigranten wollen und werden wir in Frieden zusammenleben.

Einstimmig gefasste Entschließung der Hauptversammlung an Bundesregierung und Kärntner Landesregierung

Statt Massenzuwanderung, weltweite Billionenhilfe für Afrika

Das ist die einzige Möglichkeit zur Verhinderung einer bisher noch nie dagewesenen Völkerwanderung.

Bei der diesjährigen ordentlichen Jahreshauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes stand am 7. Juli eine neuerlich bevorstehende Massenzuwanderung aus Afrika angesichts eines weiter zunehmenden Migrationsdrucks im Mittelpunkt.



Hungernde Kinder in Afrika. Zu schwach zur Flucht. Den vielen Millionen Hungernen kann nur vor Ort geholfen werden. Dazu bedarf es einer weltweiten nachhaltigen Hilfe, die alle Lebensbereiche umfassen muss.

KHD-Hauptversammlung richtet dringender Appell an Bundesregierung, EU und die Vereinten Nationen

Eine durch Bevölkerungsexplosion und Dürrekatastrophen, verstärkt durch kriegerische Auseinandersetzungen und islamischen Extremismus ausgelöste dramatische Verknappung der Lebensgrundlagen setzen Millionen Menschen, überwiegend aus der afrikanischen Südsaharazone mit 130 Millionen Einwohnern Richtung Europa in Bewegung.

Es gilt ohne Aufschub einer schon mittelfristig drohenden humanitären und sozialen Katastrophe mit Schließung der EU-Außengrenze für illegale Zuwanderung zu begegnen und parallel dazu eine weltweite gigantische, alle Lebensbereiche umfassende Billionenhilfe mit unverzichtbaren Begleitmaßnahmen zu starten.

Wichtigste in der Entschließung geforderte Maßnahmen

1. innerstaatlich:

- Illegale Zuwanderung stoppen
- Prinzip „Asyl auf Zeit“ rigoros umsetzen, Familiennachzug restriktiv anwenden
- Abschiebung abgelehnter Asylwerber – ganz besonders von Straftätern – weiter forcieren und schließlich
- konsequentes Vorgehen gegen den politischen Islam.

2. mit Druck auf EU bzw. UNO:

- An der Spitze steht der Schutz der EU-Außengrenze mit totaler Schließung der Mittelmeer-Route für illegale Zuwanderer.
- Weiters: Massive Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX mit dem Auftrag, Schlepperschiffe bereits am Ablegen zu hindern bzw. zurück nach Afrika zu geleiten.

- Den NGOs ist das Kreuzen im Mittelmeer bei Strafandrohung zu untersagen.
- Keine „Anlagezentren“ in Europa errichten.
- „Auffanglager“ in Nordafrika unter Aufsicht der UNO schaffen mit Ziel, Rücktransport von Migranten in afrikanische Herkunftsstaaten.

3. Appell an ein humanitäres Weltgewissen auch an Asien, Amerika und Australien zur unverzichtbaren humanitären Afrika-Hilfe:

In der Entschließung werden einige der wichtigsten Maßnahmen genannt:

- Verpflichtende Geburtenkontrolle
- Errichtung von Bildungszentren mit dem Schwerpunkt Emanzipierung der Frauen
- Aufbau einer Kleinindustrie zur Stärkung der Eigeninitiativen
- Der Export agrarischer Überschussgüter aus EU und USA ist stark zu reduzieren.

Dazu bekräftigen die Delegierten der Hauptversammlung:

- JA zu interkulturellem Dialog, NEIN zu Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. Für den KHD ist Asyl ein humanitäres Gebot, jedoch Bedachtnahme auf Leistungsfähigkeit der Aufnahmeländer.
- Zum Asyl gehört die Pflicht, unsere Gesetze zu akzeptieren sowie unsere Lebensweise zu respektieren. Geschieht dies, wird die autochthone Bevölkerung auf integrierte Asylanträge offen zugehen, um damit zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen.

Weitere Themen bei der KHD-Hauptversammlung waren das 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung 1920, die erfolgreiche Arbeit innerhalb der Kärntner Konsensgruppe und die Sorge um die natürliche Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Slowenien.

Deutschsprachige Kulturvereine in Slowenien informieren die breite Öffentlichkeit



Mit vom Kärntner Heimatdienst bezahlten Einschaltungen in den beiden größten Tageszeitungen Sloweniens – DELO und VEČER – wurde eine **PROTESTRESOLUTION** der deutschen Kulturvereine in Slowenien den Bürgern Sloweniens zu Kenntnis gebracht.

Damit wurde erstmals eine breite Öffentlichkeit über die um ihr Überleben als Volksgruppe kämpfenden, seit Jahrhunderten autochthon in Slowenien lebenden Deutschsprachigen informiert.

Die zweitgrößte Stadt Sloweniens, wurde jahrhundertlang von deutschsprachigen Bürgern geprägt.

Nachfolgend der Wortlaut der an die Regierung der Republik Sloweniens gerichteten, auch Österreichs Außenministerin Karin Kneissl übergebenen

RESOLUTION

Nach wie vor verfassungsrechtlich als autochthone sprachliche Minderheit nicht anerkannt, werden uns von Slowenien unter Missachtung der Empfehlungen des Europarates, grundlegende, zum Überleben einer sprachlichen Minderheit notwendige Einrichtungen, wie Unterricht in Deutsch, angemessene Verankerung der Minderheitensprache in Hörfunk und Fernsehen und die Zuerkennung von ausreichenden Finanzmitteln vorenthalten. Ohne Nothilfe von zivilgesellschaftlicher Seite wäre schon bisher das Überleben als Volksgruppe nicht möglich gewesen.

In dieser verzweifelten Lage appellieren wir als legitime Vertreter der deutschsprachigen Minderheit an die Regierung der Republik Slo-

wenien, die Deutschsprachigen in Slowenien endlich als Volksgruppe verfassungsrechtlich anzuerkennen und unseren Kulturvereinen eine zur langfristig gesicherten natürlichen Entwicklung notwendige Finanzierung zuzuerkennen.

Wir seit Jahrhunderten in Slowenien siedelnden Angehörigen der deutschsprachigen Volksgruppe fordern als treue slowenische Staatsbürger von Slowenien anerkannt, respektiert und gefördert zu werden.

Wir wollen als eigenständige Volksgruppe in kultureller Verbundenheit mit dem slowenischen Staatsvolk eine dauerhafte Friedensbrücke zwischen Slowenien und Österreich bilden.

Die neueste Entwicklung lässt für die deutsche Volksgruppe hoffen

Der Nationalrat beharrt auf endlicher Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien

In einem überparteilichen Schulterschluss wurde am Donnerstag vor Pfingsten Außenministerin Karin Kneissl beauftragt, bilateral auf die offizielle Anerkennung der Minderheit hinzuwirken. Diese versprach nach den Wahlen in Slowenien die Angelegenheit beim Nachbarn neuerlich aufs Tapet zu bringen.

Während Sloweniens Außenminister Karl Erjavec auf Österreichs Forderungen nicht einging, reagierte Sloweniens Parlamentspräsident Matej Tonin einigermaßen positiv mit der Feststellung: „Es handelt sich um eine Minderheit, die autochthon ist. Wie der italienischen, als auch ungarischen Minderheit, stehen auch ihr bestimmte Rechte zu.“

Auch die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) fordert die verfassungsrechtliche Anerkennung

In einem „Dringenden Aufruf an die Regierung der Republik Slowenien“ fordert die FUEN bei ihrer Delegiertenversammlung am 23. Juni:

1. Die deutschsprachige Gemeinschaft in Slowenien als nationale Volksgruppe verfassungsrechtlich anzuerkennen und die notwendigen finanziellen Mittel für die natürliche sowie nachhaltige Entwicklung der Kulturvereine der deutschsprachigen Gemeinschaft zu sichern.
2. Die Angehörigen der deutschsprachigen nationalen Gemeinschaft als loyale slowenische Bürger anzuerkennen, zu respektieren und zu unterstützen.

3. Die deutschsprachige Gemeinschaft in Slowenien beim Aufbau nachhaltiger Friedensbrücken zwischen Slowenien und Österreich zu unterstützen.

KHD fördert verstärkt gemeinsame Kulturveranstaltungen

Damit geht die FUEN mit dem KHD, der in den letzten Jahren die deutschsprachigen Kulturvereine bereits mit mehr als 160.000 Euro unterstützt hat, weitgehend konform. Mit der verstärkten Förderung von gemeinsamen Kulturveranstaltungen mit Kulturvereinen des slowenischen Staatsvolkes will der KHD zum Abbau von Misstrauen, zur Überwindung von historischen Ängsten und zur Förderung des friedlichen Miteinanders über sprachliche und ethnische Unterschiede hinweg beitragen.

Gemeinsames Gedenken an alle Nachkriegsopfer des Titoregimes

Statt Sühne zu fordern, zur Versöhnung aufrufen

Wie schon seit einigen Jahrzehnten, folgten auch heuer wieder am Christi Himmelfahrtstag zahlreiche Besucher aus Kärnten und Slowenien dem Appell des Kärntner Heimatdienstes in Leše/Liescha (Slowenien) ohne Hass und Rachsucht der nach Kriegsende von Titopartisanen aus Kärnten nach Jugoslawien verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen zu gedenken. In dieses Gedenken wurden auch die Abertausenden slowenischen Opfer des Titoregimes eingebunden.



Bürgermeister von Bleiburg Stefan Visotschnig, LAbg. Ana Blatnik in Vertretung von LH Peter Kaiser, KHD-Obmann Josef Feldner, Heinz Stritzl, Plattform Kärnten, Österreichs Botschafterin in Slowenien Sigrid Berka, Bürgermeister von Neuhaus Gerhard Visotschnig, Marjan Sturm, Zentralverband slowenischer Organisationen (ZSO) und Landtagspräsident a.D. Rudolf Schober vor dem vom KHD errichteten Denkmal an der Kirche von Liescha (von links).

Botschafterin Sigrid Berka: Gemeinsames Gedenken im Zeichen des Friedens und der Versöhnung

Nach Würdigung der großen Verdienste des vor einigen Monaten verstorbenen Altbürgermeisters Othmar Mory, dankte die Botschafterin allen, die mit der Schaffung eines Klimas des Vertrauens dieses schlichte, gemeinsame Gedenken in Liescha erst möglich gemacht haben und die damit zeigen, dass sie trotz der Verwundungen auf beiden Seiten den Weg der Versöhnung mittragen.

KHD-Obmann Josef Feldner: Es geht um die Überwindung einer leidvollen Geschichte

Unter Bezug auf das nahezu zeitgleich

stattgeführte, heftig kritisierte kroatische Opfertedenken am Loibacher Feld, betonte Feldner, dass Opfertedenken keinem Volk verwehrt werden dürfe, schlug jedoch den kroatischen Organisatoren eine künftig zukunftsorientierte Zielsetzung vor.

Konkret: Unter Beachtung des unverzichtbaren Prinzips von Ursache und Wirkung sollten zum nächstjährigen Opfertedenken auch die abertausenden Opfer des Ustascha-Regimes mit einbezogen und zum Zeichen der Versöhnung auch Angehörige dieser Opfer eingeladen werden.

Beispielgebend hierfür könnten die alljährlich an verschiedenen Orten stattfindenden gemeinsamen Opfertedenken der Kärntner Konsensgruppe sein.

ZSO-Obmann Marjan Sturm: Erinnerungspolitik muss alle Seiten einschließen

„In diesem Sinne verneige ich mich vor den Opfern der Verschleppungen und vor allen Opfern von Krieg, Gewalt, Faschismus und Vertreibung.

Arbeiten wir gemeinsam an einer Welt des Friedens, des friedlichen Zusammenlebens, der Toleranz und der gegenseitigen Achtung.“

Gemeinsames Opfertedenken auch an der Gedenkstätte des Schwarzen Kreuz Kärnten

An der Stelle im Wald, unter der Kirche von Liescha, wo die bedauernswerten Kärntner Partisanen-Opfer verscharrt sind, sprach KHD-Obmann-Stellvertreter Franz Jordan in Vertretung des verhinderten Kärntner Landespräsidenten des Schwarzen Kreuz, Gerd Ebner, bewegende Gedenkworte.

Abgeschlossen wurde die schlichte Gedenkfeier in Liescha mit einem von Dechant Ivan Olip gefeierten zweisprachigen Gottesdienst.

Für die musikalische Umrahmung sorgte das Doppelquintett Griffen unter der Leitung von Gerti Proßegger und vom Bläserquartett aus Neumarkt mit Gotthard Seidl.



100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung

KHD-Hauptversammlung fordert traditionelle Großveranstaltung am 10. Oktober 2020

Die Delegierten der Hauptversammlung würdigten die große Bedeutung des Kärntner Abwehrkampfes und der Kärntner Volksabstimmung 1920 für die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit und legten die Position des Kärntner Heimatdienstes zu diesem zentralen Großereignis in der Entscheidung fest:

Zum bevorstehenden 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung erinnern wir in Dankbarkeit der durch Abwehrkampf erzwungenen Kärntner Volksabstimmung und der damit erhaltenen Kärntner Landeseinheit, die wir am 10. Oktober 2020 auf traditionelle Weise mit Festumzug und einer zentralen Großveranstaltung in der Landeshauptstadt als „Tag der gemeinsamen Heimat Kärnten“ unter Einbeziehung unserer slowenischen Landsleute und ehemaligen militärischen Gegner im gemeinsamen Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten feiern werden.



Der Kärntner Heimatdienst 100 Jahre im Dienst des Landes

Der Heimat im Wort

Zweiteilige Filmdokumentation von Andreas Mölzer ist im Juni erschienen

Die Filmdokumentation berichtet über die wechselvolle und phasenweise turbulente Geschichte des Kärntner Heimatdienstes im europaweit einzigartigen Spannungsfeld an der Schnittstelle der drei großen europäischen Völkerfamilien Germanen, Romanen und Slawen. Die Dokumentation

will über einen wesentlichen Abschnitt der Kärntner Landesgeschichte informieren, beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über das 20. Jahrhundert als zentralem Zeitabschnitt bis in unsere heutige Zeit. Neben Information, vor allem für die Jugend, will die Filmdokumentation auch zum durchaus auch kontroversen Diskurs anregen, mit dem Ziel, alten Streit mit Blick in die Zukunft überwinden zu helfen.



Teil II:

Von der Konfrontation zum Konsens



Die verbale Auseinandersetzung zwischen Slowenenorganisationen und dem Heimatdienst, bei der man sich gegenseitig nichts schenkte, wird ebenso ausführlich im Video behandelt, wie der oft nicht leicht gewesene Weg zur Verständigung und Versöhnung.

Der II. Teil beginnt mit der Wiedegründung des Kärntner Heimatdienstes im Jänner 1957, berichtet über den Ortstafelsturm, die hartnäckige Forderung des KHD nach einer geheimen Minderheitenfeststellung, über den Kampf des KHD gegen nationale Selbstaufgabe, und über das Eintreten für die deutschen Altösterreicher in Slowenien.

Über die Probleme in Kärnten hinausgehend, wird sodann die Aufklärungskampagne

des KHD zum EU-Beitritt behandelt. Breit behandelt wird nach anfänglich vergeblichen Versuchen, mit Slowenenvertretern ins Gespräch zu kommen, die Arbeit bis zum beginnenden Dialog mit Ortstafelkompromissvor-

schlag und der Gründung der Kärntner Konsensgruppe, die maßgeblichen Anteil an der Lösung des Ortstafelkonflikt hat.

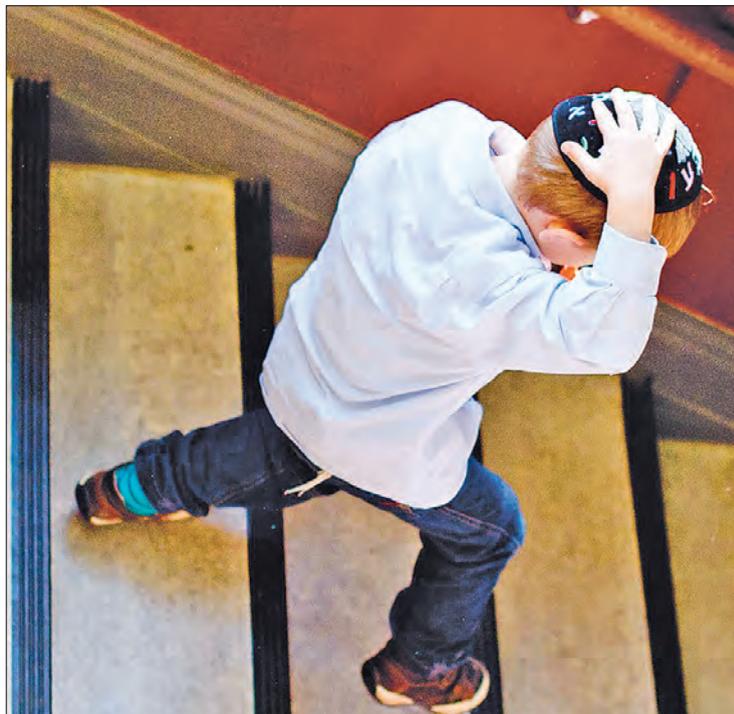
Mit dem Zukunftsprogramm des KHD wird die Filmdokumentation abgeschlossen.

Beide Teile des KHD-Videos sind gegen einen freiwilligen Kostenbeitrag beim KHD erhältlich. **Wir machen es Ihnen sehr einfach:**

Mit dem Vermerk „VIDEO“ auf dem beiliegenden Zahlschein senden wir Ihnen beide Teile des KHD-Video gerne ohne zusätzliche Kosten zu.

Größtes deutsches Massenblatt BILD über ausufernde Gewalt an Schulen

„Du glaubst nicht an Allah, du wirst in der Hölle schmoren“



Man glaubt sich in einem Science-Fiction-Film zu befinden, liest man die auf mehreren großformatigen Seiten abgedruckten Titel und Schlagzeilen in der täglich in Millionenaufgabe verbreiteten BILD-Zeitung vom 26. März 2018.

Dort heißt es, dass die Gewalt muslimischer Kinder bereits auch schon an vielen Grundschulen außer Kontrolle geraten sei. Schüler, die als „Du Jude“ beschimpft werden, Videos von Enthauptungen, die herumgeschickt werden, Morddrohungen gegen kleine Kinder – seien alltäglich geworden.

Hass und Gewalt bereits im Kindergarten

Unter dem Titel: „Du glaubst nicht an Allah, du wirst in der Hölle schmoren“ berichtet die BILD-Zeitung über eine Reihe von „alltäglichen“ Vorfällen aus der Berliner „Paul-Simmel-Grundschule“, die erschrecken lassen. Religiöses Mobbing treffe Nicht-Gläubige ebenso wie Christen, vor allem aber jüdische Kinder. Antisemitismus an Schulen sei längst alltäglich geworden. „Du Jude“ sei ein Schimpfwort, das allgemein verwendet werde.

Lehrer und Schulleiter stehen diesem schändlichen Treiben hilflos gegenüber. Jene wenigen Lehrer, die darüber berichten, möchten anonym bleiben.

Eine dieser Lehrerinnen berichtet über ei-

nen Vorfall, der sie entsetzte. Als den muslimischen Kinder ein Bild, auf dem Grabsteine mit Kreuzen zu sehen waren, sagte ein türkischer Schüler: „Das ist das Christenzeichen, voll eklig, ich hasse Christen“. Dem pflichteten auch andere Kinder bei. Resignierend betonte die Pädagogin gegenüber BILD:

„Die Lehrer sind mit dem allem überfordert. Sie werden mit der Problematik allein gelassen.“

Die unfassbare Reaktion eines Schulleiters an einer der Grundschule in Nordrhein Westfalen auf die Klage einer besorgten Mutter wegen verbalen und sogar körperlichen Attacken auf ihre Tochter:

„Ihre Tochter muss ja nicht sagen, dass sie Deutsche ist. Außerdem können Sie ja ihrer Tochter ein Kopftuch geben“ (!!)

Für eine Stellungnahme gegenüber BILD waren Schulleitung und Behörde nicht erreichbar.

Lage an Brennpunktschulen gerät außer Kontrolle

„Enthauptungsvideos auf Kinder-Handys, antisemitische Mord-Drohungen, was ist los an Grundschulen in Deutschland“ fragt BILD den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger. Seine erschreckend nüchterne Antwort:

„Grausame Gewaltvideos sind längst im Schüleralltag angekommen. An Brennpunktschulen – Schulen mit einer Migranten-Quote von 70 Prozent und mehr – erleben wir sowohl antisemitische als auch antichristliche,

aber auch ausländerfeindliche Ausfälle. Auch Lehrerinnen werden zunehmend Zielscheibe verbaler Angriffe.

An einigen Brennpunktschulen in Problembezirken laufen wir Gefahr, dass die Situation außer Kontrolle gerät.“

Sein geradezu hilfloser Schlusssatz: „Das dürfen wir nicht zulassen“.

Dramatische Warnung der deutschen Sicherheitsbehörden: „Der islamistische Irrsinn macht auch vor Schulen nicht halt!“ Eine Folge der Willkommenskultur

Deutsche Sicherheitsbehörden beobachten laut BILD, dass sich aus dem „Kontext der Zuwanderung“ antisemitische und antichristli-

che Vorfälle an den Schulen mit drei Eskalationsstufen: von Missionierung zum Islam über Mobbing bis hin zu Gewalt häufen. Dazu hätte nach Ansicht der Sicherheitsbehörden der unkontrollierte Zuzug von mehr als 1,5 Millionen Menschen seit Januar 2015 beigetragen:

„Sie kommen aus Ländern, in denen Antisemitismus und Hass auf Christen Staatsräson sind. Diese Haltung prägt ihre Familien und damit die Kindeserziehung und wird so in die Schulen getragen“.

Konsequenz: Seit dem 1. Jänner 2017 erfassen die Behörden auch das Themenfeld „Christenfeindlich“. Ein konsequentes Vorgehen gegen den „islamischen Irrsinn“ ist in Deutschland allerdings nicht erkennbar.

„Kuschen vor dem Irrsinn“

Unter diesem Titel bezeichnet es [Julian Reichelt](#) in einem Kommentar in der BILD sinn-

gemäß die unerträgliche Tatsache, dass sich seit der unkontrollierten Massenzuwanderung nicht-muslimische und jüdische Kinder im eigenen Land fürchten müssen zur Schule zu gehen, weil sie dort von Zugewanderten als „Ungläubige“ beschimpft und sogar mit dem Tod bedroht werden ...

Die deutsche Regierung – so heißt es im Kommentar weiter – versagt kläglich. Das Kuschen vor dem Irrsinn gehe sogar soweit, dass es den Kuwait Airways nach Urteil des Landgerichts Frankfurt gestattet sei, Juden vom Transport auszuschließen! Und es heißt abschließend:

„Die CSU, die völlig zu Recht auf die Einhaltung westlicher Werte pocht, kuscht beim Antisemitismus von Kuwait Airways vor diesem Irrsinn.“

Wenn wir selbst nicht zu unseren Werten stehen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn auf diese Wert gespuckt wird“.

Auch in Österreich ist Gewalt in Schulen seit 2014 um 700(!) Prozent gestiegen

Kaum besser als in Deutschland ist die Situation in Österreichs Schulen, insbesondere in Wien. Viele Lehrer und Schüler haben Angst vor Attacken in den Klassen – Besserung ist nicht in Sicht.

835-mal mussten im Jahr 2017 Schüler nach einer Gewalttat behandelt werden



Die KRONE berichtete am 23. Mai 2018 über das Ergebnis einer Anfrage von ÖVP-Sicherheits Sprecher [Karl Mahrer](#) an Innenminister [Herbert Kickl](#). Demnach gehört Gewalt an Österreichs Schulen Schulen leider zum

Alltag.

Den Höhepunkt bilden Fälle von Körperverletzung – diese steigerten sich von 2014 bis 2017 landesweit um rund 700(!) Prozent. Auch die Anzeigen wegen gefährlicher Drohung haben sich in Österreich von 25 (2014) auf 202 Fälle (2017) mehr als verachtfacht! Deutsche Sicherheitsbehörden bringen die horrende Steigerung von Gewalt mit der unkontrollierten Immigration ab 2015 in Verbindung und fordern Gegensteuerung.

Österreich wies 2015 einen durchschnittlichen Migrantenanteil von 31 Prozent unter den Schülern auf. Tatsächlich dürfte der aktuelle Anteil von Schülern mit „Migrationshintergrund“ mittlerweile deutlich höher liegen, zumal die Zahlen von 2015 nicht die große Einwanderungswelle seither enthalten.

Ex-Polizeichef von Wien fordert „Nulltoleranz“. Gewerkschafter Kiemberger hat Angst vor Zuständen wie in den Pariser Vororten

Karl Mahrer – Expolizeichef von Wien – fordert Maßnahmen. Es müsse eine Politik der Nulltoleranz beginnen. In Österreich werden 14 Jugendprogramme zur Gewaltprävention umgesetzt, damit werden nur 13.855 von rund 455.000 15- bis 19-Jährigen erreicht.

Die Maßnahmen zur Gewaltprävention sind nicht umfassend, zumal diese nur die Höheren Schulen erfassen und die Volksschulen ausklammern, obwohl auch dort bereits die Gewalt auszufern droht. Österreichs oberster Lehrervertreter [Paul Kiemberger](#), spricht schon von einer alarmierenden Situation. Laut Tageszeitung ÖSTERREICH hat Kiemberger Angst vor künftigen Zuständen wie in „Pariser Vororten. Wenn wir nicht handeln werden die Probleme noch größer.“

Sein Appell an die Regierung: Es bauche weit mehr mehr Sozialarbeiter und Soziologen an den Schulen. „Letztendlich wissen die



Kinder, dass sie keine wirklichen Konsequenzen fürchten müssen. Ich glaube, dass man da scharf reagieren muss.“

Personalvertreterin in Wien-Favoriten zeigt die mit dem Islam verbundenen Probleme offen auf

Die sozialdemokratische Personalvertreterin [Susanne Wiesinger](#), Lehrerin in einer Neuen Mittelschule in Wien-Favoriten ortet „wachsende Bildungsfeindlichkeit“ bei muslimischen Eltern. Musik und Tanz würden aus religiösen Gründen abgelehnt. Den Kindern gehe es oft nur um den islamischen Glauben.

Wörtlich:

„Der Unterschied zwischen ihrer Welt zu Hause und unserer Welt ist so groß, dass sie das gar nicht mehr auf die Reihe kriegen. Die Scharia ist für viele meiner Schüler sicherlich höherstehend.“

Auch der Schuldirektor der Neuen Mittelschule in der Deublergasse in Wien-Floridsdorf, [Christian Klar](#), sagt in der Kronen-Zeitung, dass es zwar kein neues Problem sei, als Lehrer an Brennpunktschulen beschimpft und körperlich bedrängt zu werden, es werde aber immer schlimmer.



Das private Rettungsschiff „Aquarius“ läuft seit Anfang August wieder zu Einsätzen vor der libyschen Küste aus.

Hilfsorganisationen sind der Motor für illegale Massenzuwanderung

Die erfreuliche Kampfansage unserer Bundesregierung an die illegale Massenzuwanderung und das von Italiens neuer Regierung mit Innenminister **Matteo Salvini** an der Spitze verkündete Landeverbot für Flüchtlingsboote, werden insbesondere von Spanien und Frankreich mit der Öffnung ihrer Häfen für den illegalen Flüchtlingstransport aus Afrika nach Europa torpediert. Damit wird es diversen Hilfsorganisationen (NGOs) wieder erleichtert, in Koordination mit der mächtigen Schleppermafia die illegale Massenzuwanderung zu befeuern.



Migranten auf einem Truck aus Niger zur Mittelmeerküste.

Der vorgegebene „Fahrplan“ für die Flucht von Afrika nach Europa

Unter dem Titel „Außer Kontrolle“ berichtet **Tassilo Wallentin** am 29. Juli in der KRONE BUNT über die von NGOs und Schleppern organisierten Stationen der als „Rettungskette“ bezeichneten Reise von afrikanischen Wirtschaftsflüchtlingen zur Küste über das Mittelmeer nach Europa.

- Die „Rettungskette“ beginnt mit der Beförderung von Hunderttausenden Migran-

ten aus Afrika zur libyschen, neuerdings auch marokkanischen Küste.

- Dort werden bis zu 150 Personen von Schleppern zum Preis von mindestens 1.500 Dollar in ein Schlauchboot gesetzt.
- Einer der Passagiere bekommt ein Satellitentelefon mit eingespeicherten Nummern der Grenzschutzagentur Frontex- und der NGO-Schiffe.
- Kaum auf hoher See, wird SOS gegeben und die angerufenen Schiffe setzen sich zur „Rettung“ in Bewegung und befördern die Passagiere in das und 500 Kilometer entfernte Italien.
- Dort angekommen, taucht etwa die Hälfte der „Geretteten“ unter, um nach Deutschland, Schweden oder Österreich zu gelangen.

2016 wurden rund 280.000 Migranten von EU-Schiffen nach Italien übergesetzt. Nur vier(!) Flüchtlingsboote haben es von sich aus nach Europa geschafft. Das ist ein Milliardengeschäft für Islamisten, Schlepperbanden und Asyl-Lobby!

Soweit der Bericht in der KRONE BUNT.

Die EU bekommt Schlepperunwesen und damit auch die illegale Massenzuwanderung nicht in Griff

Bereits im März 2017 übte der damalige

Außenminister **Sebastian Kurz** anlässlich eines Besuchs auf Malta heftige Kritik an EU und NGOs, die er der Zusammenarbeit mit Schlepperbanden bezichtigte. Kurz wörtlich: „Die EU betreibt ein Flüchtlings Schlepperprogramm! Viele NGOs machen sich zu Partnern der Schlepper. Dieser Wahnsinn muss beendet werden.“



Und weiter: „Das Asylsystem gehört von Grund auf umgestellt. Es muss klar sein, dass jemand, der auf illegalem Weg in die EU kommt, keine Chance auf Asylverfahren hat. Der Zustrom würde sich sehr rasch massiv reduzieren, wäre klar, dass der illegale Weg über Libyen niemals nach Europa führt.“

An dieser Einstellung hat sich in der Bundesregierung unter Kanzler Kurz bis heute nichts geändert.

Nichts geändert hat sich leider aber auch am Schleppen von Illegalen nach Europa durch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX.

Noch immer werden Schiffbrüchige, die vor allem aus Afrika kommen, mangels Rücknahmevertrag mit Libyen und anderen afrikanischen Staaten nicht zum nächstliegenden afrikanischen Hafen zurückgebracht, wie es das internationale Seerecht vorschreibt, sondern als Passagiere nach Europa befördert, was nicht als „Seenotrettung“ bezeichnet werden darf.



Nach wie vor kein STOPP für illegale Immigration in Sicht. Im Gegenteil:

Spanien produziert neuen Flüchtlingszustrom

Während Österreichs Bundesregierung für einen Stopp der illegalen Zuwanderung eintritt und darüber hinaus die sogenannten „Visegrad-Staaten“ Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn auch die Aufnahme von bereits in der EU befindlichen illegal zugewanderten Flüchtlingen kategorisch ablehnen, torpedieren andere EU-Staaten, allen voran Spanien, alle Bemühungen um ein Ende der illegalen Immigration.



Flüchtlinge auf den Weg nach Spanien.

EU-weit stark divergierende Meinungen zur Flüchtlingsfrage

Angesichts dessen ist ein einheitliches europäisches Asylrecht in nahezu unerreichbarer Ferne gerückt. Das zeigte sich bereits Ende Juni an den unterschiedlichen Reaktionen der EU-Staaten, nachdem sich Spanien und Malta geweigert hatten, die „Aquarius“, ein Schiff der Hilfsorganisationen SOS Mediterranee und Ärzte ohne Grenzen mit 630 Menschen, vorwiegend aus Afrika an Bord, landen zu lassen.

Erst Tage später erhielten sie die Erlaubnis im ostspanischen Valencia an Land zu gehen.

Das war der Startschuss für die „Aquarius“, weiter nach in Seenot geratenen, von der Schleppermafia auf die Reise geschickten Bootsflüchtlinge auf die Suche zu gehen. Mit Erfolg: Wenige Tage später wurden weitere 1.400 Migranten nach Spanien gebracht.

Wenig später erklärte sich die französische Regierung bereit, mehr als die Hälfte der Passagiere der „Aquarius“ zu übernehmen und damit auch den Weg in die mitteleuropäischen Sozialparadiese freizumachen.

Die neue sozialistische Regierung Spaniens hat nun die Büchse der Pandora geöffnet

Mit der Öffnung seiner Grenzen für illegale Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika, hat Spaniens Regierung unter Ministerpräsident Pedro Sanchez in seiner Flüchtlingspolitik einen Schwenk um 180 Grad vollzogen.

Bisher wurden über den Atlantik auf den Kanarischen Inseln angekommene Migrantenschiffe rigoros zur Umkehr in Herkunfts- und Transitländer gezwungen, die mit Milliardenhilfe für die Rücknahme von Flüchtlingen behilft wurden Mit Erfolg:

Waren 2006 noch 32.000 Flüchtlingen auf den Ferieninseln gestrandet, so waren es in

den Folgejahren nur wenige Hundert Afrikaner jährlich. Seit der neuen Politik der offenen Tür für Migranten wurde der Fluchtweg der Afrikaner schlagartig von Libyen nach Marokko verlagert.

Neues Einfallstor für afrikanische Migranten nach Europa ist der spanische Ferienort Tarifa



Dieser als Surfparadies bekannte Ort ist nur 14 km vom marokkanischen Festland entfernt. Ende Juli wurden innerhalb weniger Tage 1.300 Menschen von der spanischen Küstenwache aus überfüllten Schlauchbooten vor der Küste gerettet. Seit Jahresbeginn sind auf diese Weise mehr als 18.000 Migranten nach Europa gekommen. Nach Angaben der spanischen Polizei warteten zu diesem Zeitpunkt weitere 50.000 auf die Überfahrt nach Spanien.

Dabei geht es vielen zu langsam, wie der Sturm von 600 sogar mit Flammenwerfern ausgerüsteten Afrikanern gegen den doppelt verstärkten Grenzzaun vor der spanischen Enklave Ceuta in Marokko beweist (s. Bild rechts oben).

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) schildert in den Abendnachrichten am 27. Juli die dramatische Situation:

„Berichten zufolge seien die Migranten so brutal wie nie gegen die Grenzschützer vorgegangen. Die Flüchtlinge attackierten die Beamten mit selbstgebasteten Flammenwerfern und Branntkalk. Vier Beamte und elf Migranten

wurden mit Verbrennungen, Verätzungen, Schnittwunden und Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert.“



Jedoch statt den Grenzzaun gegen weitere Anstürme zu verstärken, plant Spaniens Minderheitsregierung diesen einfach abzubauen!

Das, obwohl sich Spanien bereits überfordert fühlt und eine „europäische Lösung“ fordert, was geradezu unverschämte angesichts der Tatsache ist, dass Spanien die neue Migrantenwelle allein veranlasst hat.

Warnende Stimmen gegen neue Öffnung der Tore nach Europa mehren sich

Während verschiedene Linksgruppierung im Einklang mit Grünen und kirchlichen Kreisen den neuerlichen Flüchtlingsansturm begrüßen, mehren sich europaweit warnende Stimmen.

Stellvertretend für alle sei hier der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt zitiert: „Die Seenotrettung von Migranten im Mittelmeer sollte nur durch die Küstenwache der nordafrikanischen Anrainerstaaten erfolgen, die sie an die Küste bringt, von der sie losgefahren sind. Unterstützt werden sollte dieses neue Rettungsregime mit einer Flugblatt-Aktion in Nordafrika: Macht euch gar nicht erst auf den Weg!“

Dieser Aufruf sollte mit dem Hinweis ergänzt werden: „Dieser Weg bedeutet tödliche Gefahr ohne Garantie für eine lebenswerte Zukunft.“

Auf Euphorie folgt Katzenjammer

■ Immigranten überrollen Spanien ■ Hilferuf an EU ■ Lösung kann nur TOTALSTOPP der illegalen Migration bringen

Spanien wird nach Grenzöffnung von Wirtschaftsflüchtlingen gestürmt

Die vor wenigen Wochen getroffene Entscheidung des Chefs der sozialistischen spanischen Minderheitsregierung Pedro Sanchez die Grenzen auch für illegale Wirtschaftsflüchtlinge zu öffnen, hat schlagartig Zehntausende Afrikaner in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa in Bewegung gesetzt.

Allein am letzten Juliwochenende sind 1.500 an Spaniens Küsten gelandet bzw. aus überladenen Schlauchbooten geborgen worden, während weitere 50.000 an Afrikas Küste für skrupellose Schlepper zur Überfahrt bereit standen.

Erst zu diesem Zeitpunkt dämmerte es der spanischen Regierung, welche Geister sie mit ihrer verantwortungslosen Willkommenspoli-

Die Flüchtlingsrouten von Afrika nach Europa



tik gerufen haben, die sie nun nicht mehr loswerden.

Überfordertes Spanien ruft um Hilfe

Nun versucht Innenminister Fernando

Grande-Malaska die Probleme an die EU abzuschieben.

Dort wird hektisch nach Lösungen gesucht und im Migrationsexperten Gerald Knaus, der für die EU den Flüchtlingsdeal mit der Türkei bastelte, gefunden.

Seine Vorschläge kurzgefasst:

- EU-Aufnahmezentren in Spanien errichten. Entscheidungen innerhalb weniger Wochen. Positive sollen auf EU-Staaten aufgeteilt, Abgelehnte sofort in Herkunftsländer abgeschoben werden.
 - Das erfordere Verhandlungen mit Herkunftsländern über Zurücknahme von Abgeschobenen.
 - Ziel: Reduzierung des Flüchtlingsstroms als Maßnahme gegen Ertrinken ohne Aufkündigung der Genfer Flüchtlingskonvention.
- Das alles reicht aber keineswegs. Denn:

Ohne Totalstopp der illegalen Zuwanderung kann das Flüchtlingsproblem nie gelöst werden

Auch wenn Bemühungen in der EU nach Reduzierung der Massenzuwanderung grundsätzlich zu begrüßen sind und manche Lösungsvorschläge in Teilbereichen durchaus sinnvoll sind, wird all das nur Flickwerk bleiben, solange nicht Radikalmaßnahmen umfassend, rasch und gezielt zum Totalstopp der illegalen Migration ergriffen werden.

Und das sind:

Der Schutz der EU-Außengrenze gegen illegalen Übertritt

- Dieser Schutz muss ein umfassender sein. Sicherheit und nachhaltige Lebensqualität der Bürger rechtfertigt den Ausbau zur „Festung Europa“.
- Das erfordert zum Schutz seiner Seegrenzen insbesondere: Rückbeförderung von schiffbrüchigen Immigranten zum afrikanischen Ablegehafen.
- Abkommen mit afrikanischen Mittelmeer-Anrainerstaaten über Rücknahme von Migranten, die keinen Schutz bedürfen. Nach solchermaßen stark reduzierter Migrationswilligkeit.
- Errichtung von Asylzentren ausschließlich in diesen Staaten. Von dort aus Rückführung in die Herkunftsländer, ausgenom-

men bei Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention.

- Zur Abschreckung muss illegaler Grenzübertritt künftig bestraft werden.
- Die EU bleibt offen unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazität für verfolgte und lebensbedrohte Asylwerber nach den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention und natürlich offen im Rahmen seiner Rechtsordnung für alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte nach außen.

Bereits im Land befindliche, abgelehnte Asylwerber sind konsequent abzuschieben

- Maßnahmen zur Verhinderung einer neuerlichen Einreise sind gesetzlich zu regeln. Generell verstärkte Ausweiskontrollen
- Asyl auf Zeit ist rigoros umzusetzen. Asyl-

werber sind schon zu Beginn des Asylverfahrens darauf hinzuweisen, dass sie nach Wegfall der Asylgründe kein Bleiberecht haben. Die Überprüfung noch aufrechter Asylgründe ist lückenlos vorzunehmen.

- Familiennachzug ist restriktiv anzuwenden. Kein Familiennachzug bei nur eingeschränktem Schutzstatus.

Nach EU-weit weitestgehend erfolgreich realisiertem Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung steht einem friedlichen auf gegenseitigem Respekt beruhendes Miteinander mit den legal in unserem Land lebenden Migranten als unverzichtbare Voraussetzung für einen dauerhaften sozialen Frieden nichts mehr entgegen.

Der Kärntner Heimatdienst wird nicht müde werden, sich gemäß seines auf Verständigung und Versöhnung sowie dem Bekenntnis zu interkulturellem und interreligiösem Dialog ausgerichteten Vereinsprogramms dafür einzusetzen

Viele Asylwerber erschwindeln sich Minderjährigkeit

Minderjährige Asylwerber genießen einen besonderen Schutz, der sich in den Kosten niederschlägt. Kein Wunder, dass dieser Status in hohem Ausmaß erschwindelt wird. Ein großes Problem stellt auch die hohe Kriminalitätsquote bei Minderjährigen dar.

Horrende Kosten für unbegleitete Minderjährige

Laut einem deutschen Regierungsbericht betragen die durchschnittlichen Fallkosten für die Inobhutnahme der insgesamt mehr als 55.000 Flüchtlinge unter 18 Jahren und für junge Volljährige, die von der Jugendhilfe betreut werden (Stand: 1. Dezember 2017) zwischen 67 und 350 Euro pro Tag.

Damit liegt die Spanne der monatlichen Kosten rechnerisch zwischen 2.077 und 10.850 Euro monatlich pro Person. Die unterschiedliche Höhe der Kosten hängt mit einer unterschiedlichen Unterbringungspraxis zusammen.

Einer anderen deutschen Studie zufolge belaufen sich die Gesamtkosten für 68.600 minderjährige Flüchtlinge seit 2015 bereits auf 4 Milliarden Euro.

100.000 Euro Kosten für minderjährigen Mörder!

Gemäß der Anfrage eines AfD-Landtagsabgeordneten hinsichtlich der Kosten, betrug diese für einen jugendlichen Mädchenmörder(!) aus Afghanistan in nur eineinhalb Jahren laut



Unbegleitete Minderjährige. Viele haben Schlimmes mitgemacht. Vorwurf erschwindeltes Alter. Wir wollen keine Pauschalverurteilung

Anfragebeantwortung der Germersheimer Kreisverwaltung bis zum Tag der Tat 100.677 Euro – für Betreuung, Wohnung und Sprachkurs. Ein Mindestbetrag, ohne Auszahlung indirekter Kosten und auch keine Kosten der Polizei, die schon vor dem Mord mit dem „Schutzsuchenden(!)“ zu tun hatte. Die Kreisverwaltung gliedert penibel auf:

75.795,84 für vollstationäre Hilfe in der Insel Wörth, 9.565,57 Miete an das Deutsche Rote Kreuz, 1.663,07 für Sprachkurs, 13.248,64 fallen auf Wohngruppe Neustadt und 404,79 auf Krankenhilfe. Die Kosten betragen somit monatlich 5.300 Euro.

Mangels Geburtsurkunde hat das Jugendamt Frankfurt auf der Grundlage der „qualifizierten Inaugenscheinnahme“ das Alter als „nachvollziehbar“ eingestuft, sodass auch hier ein erschwindeltes Alter nicht mit Sicherheit auszuschließen war.

Wien: Von 10.000 jungen Flüchtlingen logen sich 2.165 jünger. In Deutschland ähnlich hohe Altersbetrugsquoten

Angesichts der aufwendigen Sonderbetreuung, die Unbegleitete in Deutschland und Österreich genießen, ist die Verlockung groß, sich jünger zu lügen, um in diesen Genuss zu kommen. Schon im April 2017 ergab eine Anfrage des Team Stronach, dass viele junge Flüchtlinge die österreichischen Behörden über ihr wahres Alter belügen.

Bei mehr als 10.000 jungen Migranten wurden in den Jahren 2014 bis 2016 Röntgenaufnahme der linken Hand ausgewertet, um Aussagen in Hinblick auf ihre Voll- oder Minderjährigkeit zu bekommen. Nach weiterführenden medizinischen Gutachten in 4.704 Fällen wurde in 2.165 dieser Fälle ein jüngeres Alter festgestellt. Somit haben rund ein Viertel der Überprüften ihren Minderjährigkeitsstatus erschwindelt.

Eine ähnliche Überprüfung in Berlin ergab sogar 43%(!) erschwindelte Altersangaben.

Familiennachzug führt zu weiterer Zuwanderung



Nahezu alle bei uns aufgenommenen syrischen Flüchtlinge können ihre Familie nachholen.

In Deutschland: Verhältnis von Antragsteller zu Nachzüglern

Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte auf Antrag nicht dar-

Schon vor einem Jahr bezeichnete das größte Massenblatt Deutschlands, die BILD-ZEITUNG, den Zuzug von 1,3 Millionen Migranten innerhalb von zwei Jahren als „größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung“. Zu weiteren noch unvorhersehbaren Problemen führt das Recht auf Familiennachzug, das allen Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten zusteht. Dieses Recht haben nahezu alle zugewanderten Syrer. Seit 2005 wurden schon 322.000 Visa für Familiennachzug erteilt.

über Auskunft geben, wie viele nachzugsberechtigte Angehörige jeder Schutzberechtigte hat und wie viele von ihnen er tatsächlich nachholen wird.

Zur Familie zählen jeweils Eheleute, Kinder und für Minderjährige auch die Eltern. Man kann somit davon ausgehen, dass pro erteiltem Visum auch zehn und mehr Familienangehörige nachziehen werden. Das heißt, dass die

Anzahl der Neuzuwanderer ein Vielfaches der Visaanträge betragen kann.

Konkret: Bei 322.000 in Deutschland erteilten Visa werden zumindest eine Million weitere Migranten einreisen!

Auch Österreich sollte sich auf einen zusätzliche Migrantenzustrom „dank“ Familienzusammenführung von mehreren Zehntausend einstellen

Falsche Toleranz fördert Islamisierung Europas

Während Christen in muslimischen Ländern brutal verfolgt werden, verzichtet die christliche Kirche aus Rücksicht vor dem in Europa immer stärker werdenden Islam auf ein selbstbewusstes Bekennen zu unseren christlichen Symbolen in der Öffentlichkeit. Mit dem massiven Eintreten für ungebremste Massenzuwanderung fördert die Kirche eine rasant fortschreitende Islamisierung des christlichen Abendlands und schafft sich damit allmählich selbst ab.

Liebdienererei gegenüber dem Islam



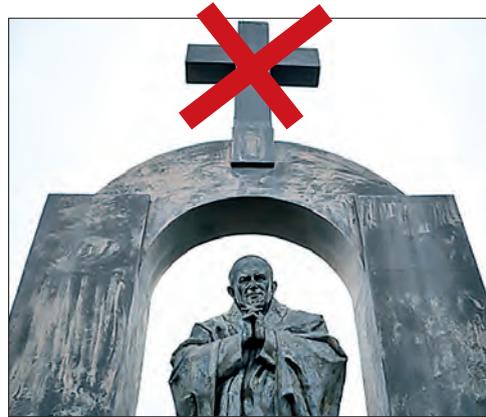
Staat für, Kirche gegen Kreuz in Ämtern.

Der Beschluss der bayerischen Staatsregierung in öffentlichen Gebäuden Kreuze anzu-bringen, ist beim Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Marx, schlecht angekommen.

Der Erzbischof von München und Freising sprach sich dagegen aus. Das führe zu „Spaltung, Unruhe und Gegeneinander“. Marx



Heinrich Bedford-Strohm (links) und Reinhard Marx (rechts) ohne Kirchenkreuze, aus Rücksicht vor dem Islam in Jerusalem.



Aus Rücksicht vor zugewanderten Muslimen ordnete ein französisches Verwaltungsgericht die Entfernung des auf einem Denkmal für Papst Paul II. in der Bretagne angebrachte Kreuz an.

bringt damit deutlich zum Ausdruck, dass das Kreuz bei Moslems Unruhe erzeugen könne.

Dem hält die bayerische Landesregierung mit Ministerpräsident Markus Söder an der Spitze entgegen, dass das Kreuz in Ämtern die „geschichtliche und kulturelle Prägung“ Bayerns zum Ausdruck bringe als „sichtbares Bekenntnis zu den Grundwerten der Rechts- und Gesellschaftsordnung“.

Kardinal Marx hatte bereits im Herbst 2016, ebenso wie der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche Deutschlands Heinrich Bedford-Strohm, am Tempelberg im Rahmen einer Pilgerreise nach Jerusalem als „Zeichen der Zurückhaltung“ gegenüber dem Islam die Amtskreuze abgelegt, um nicht zu provozieren, was zu heftiger Kritik geführt hat (siehe Bild links unten).

Pfarrer predigt mit Kopftuch

Die Unterwürfigkeit gegenüber Muslimen kennt bei so manchem Kirchenmann keine Grenzen mehr.

Ein schwäbische Pfarrer setzte sich während der Pfingstmesse ein Kopftuch auf, aus Protest gegen Burkakritiker. Der Herr Pfarrer wird wohl vergeblich darauf warten, dass ein muslimischer Imam in einer Moschee aus Solidarität mit den Christen mit einem großen Kreuz auf der Brust auftritt.



Heftige Kritik der Kirche an restriktiver Flüchtlingspolitik. Aber kaum Proteste gegen weltweite Christenverfolgung. Brauchen verfolgte Muslime stärkere christliche Zuwendung als mit dem Tod bedrohte Christen im Orient?

Neuerdings entpuppten sich die katholische, aber auch die evangelische Kirche als heftige Befürworter für einen weiteren Zuzug von illegalen Migranten aus überwiegend muslimischen Ländern.

Im Fadenkreuz der Kritik steht die restriktive Flüchtlingspolitik der österreichischen Bundesregierung und anderer EU-Staaten, die Papst Franziskus kürzlich als „heuchlerischen Anti-Migrationskurs“ geißelte.

Dem schloss sich neben andern Kirchenfürsten der Grazer Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl an, der an unsere Bundesregierung die Frage richtete „Wo ist das oft herbeigeredete christliche Abendland geblieben?“.

Dazu eine Gegenfrage: Wo ist das christliche Abendland geblieben, wenn im 21. Jahrhundert Hunderttausende, ja Millionen Christen im muslimischen Herrschaftsbereich entrechtet, gedemütigt und mit dem Tod bedroht werden?

„Stoppt die Ermordung der Christen im Nahe Osten!“ Dieser Hilferuf des katholischen Oberhauptes von Bagdad, Lois Raphael Sako ist wie viele andere ungehört verhallt.

Wo ist hier das christliche Abendland geblieben?

Das muss auch Markus Dröge, Landesbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vorgehalten werden, der im Juni des Vorjahres just zu dem Zeitpunkt, als in Ägypten sechszwanzig christliche Kopten ermordet wurden, auf die Christenverfolgung angesprochen, sagte: „Man darf diese nicht dramatisieren!“

Dem ist entgegenzuhalten:

Auch wenn vielmillionenfacher zumeist gegen Christen gerichteter religiöser Fanatismus nicht mit Protesten beseitigt werden kann, so hat die Kirche die Pflicht, diese Tatsache immer und immer wieder zu thematisieren, um das Bewusstsein zur weltweiten Verurteilung von religiös motivierter Gewalt zu stärken.

Da besteht Handlungsbedarf! Handlungs-



Christen, die 2011 in Ägypten anlässlich einer Großdemonstration für die Rechte der Kopten getötet wurden.

bedarf besteht aber auch für die Kirchen – die katholische und die evangelische gleichermaßen – in Europa selbst. Denn:

Wo bleibt das christliche Abendland im Widerstand gegen den auch in Europa immer aggressiver auftretenden politischen Islam?

Abgesehen davon, dass heute 90% der Migranten Wirtschaftsflüchtlinge sind und diese ungeachtet dessen in Kirchenkreisen pauschal als Schutzbedürftige apostrophiert werden, gibt es von dieser Seite kein Wort der

Kritik an dem immer stärker werdenden aggressiv antichristlich auftretenden politischen Islam.

Obwohl dieser bereits auch schon muslimische Volksschulkinder zum Kampf für Allah missbraucht, wird mit der neuen „Offenen-Tür-Politik“ der Kirche die ohnehin schon alarmierend fortschreitende Islamisierung Europas weiter gefördert.



Salafisten auf öffentlichen Plätzen. Sie sind auf Missionierung aus und propagieren die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts auch bei uns. Massiver Protest der Kirche dagegen? Gibt es nicht!

So schafft sich das Christentum selber ab!

Es ist schockierend, wenn die Kirche alle Migranten, die in den letzten Jahren bei uns Aufnahme gefunden haben undifferenziert unter ihre Fittiche nimmt und dabei die Tatsache missachtet, dass einer seriösen Studie zufolge 34,6% der österreichischen Muslime Fundamentalisten sind und für 73,1% die Regeln des Koran wichtiger sind als die österreichischen Gesetze.

Und es scheint diesen geistlichen Befürwortern eines ungehinderten Flüchtlingszuzugs auch gleichgültig zu sein, wenn in Wiener Volksschulen katholische Schüler gegenüber muslimischen bereits in der Minderzahl sind.

Um nicht missverstanden zu werden:

Es ehrt die Kirchenführung, wenn sie sich im Geist christlicher Nächstenliebe für verfolgte, gedemütigte, traumatisierte Flüchtlinge, gleich welcher Religionszugehörigkeit, einsetzt. Mangels geradezu grob fahrlässigen Verzicht auf Differenzierung, auch aggressiven antichristlichen Islamisten „Solidarität und Barmherzigkeit“ zuteilwerden zu lassen, ist pervers und grenzt an Selbstaufgabe und Unterwerfung.

„Christen müssen Profil zeigen“

Erfreulich! Es gibt aber auch andere, realitätsbezogene Stimmen innerhalb der Kirche



Fruchtbringender interreligiöser Dialog in Kärnten auf Augenhöhe: von links: Superintendent Manfred Sauer, Erster Imam IRG Kärnten Hasudin Atanovic, Vorsitzender IRG Kärnten Esad Memic und Diözesanbischof Alois Schwarz.

„Christen sollen auch öffentlich zeigen, dass sie Christen sind“

In einem ausführlichen Interview mit der KLEINEN ZEITUNG, am 25. März 2018, beklagt Diözesanbischof Alois Schwarz die mangelnde Auskunftsfähigkeit von Christen im Dialog mit dem Islam.

„Christen sollten im öffentlichen Diskurs noch mehr als religiöse Bürger wahrgenom-

men werden. Sie sollten sich stärker zu Wort melden, sie sollten auch öffentlich zeigen, dass sie Christen sind.

Wir führen mit Muslimen in Kärnten einen Dialog des Lebens. An einer Schule in St. Ruprecht gibt es zusätzlich zur Religions- die Friedensstunde, in der der christliche und der muslimische Lehrer gemeinsam erklären, wie Frieden in unserem Land gelebt wird.

Ich verstehe aber, dass es Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung gibt, weil jetzt auch Muslime aus nicht-europäischen Ländern kom-

Aus dem Kreis jener Bischöfe in Österreich, die sehr wohl in der Lage und auch bereit sind zu differenzieren zwischen aus der Hölle des Krieges in Syrien oder auch dem Irak geflohenen Schutzbedürftigen einerseits und Wirtschaftsflüchtlingen andererseits sowie zwischen Integrationsbereiten und nicht integrationsbereiten antichristlichen Islamisten, soll stellvertretend für andere der ehemalige Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt und nunmehrige Bischof von St. Pölten, Alois Schwarz, zitiert werden.

men, die eine total andere Kultur mitbringen.“

Auf die Frage: „Gehört der Islam zu Österreich?“ antwortet Diözesanbischof Schwarz:

„Die Muslime, die bei uns leben, haben sich an die österreichische Gesetzgebung zu halten. Sie haben zu respektieren, dass es hier unverrückbare Grundwerte, wie zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, Demokratie-, Religions- und Meinungsfreiheit sowie Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau gibt.

Hier gibt es Standards, die ich annehmen muss, sonst kann ich hier nicht leben.“

Flüchtlingskatastrophe im aktuellen Überblick

Zitate, Kommentare, Fakten



Die Flüchtlingskatastrophe und die damit verbundenen Ängste der EU-Bürger sind nach wie vor das Spitzenthema in Europa. Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

Zahl der Afrikaner in Europa könnte bis 2050 auf 200(!) Millionen steigen



Experten der UNO prognostizieren ein Anwachsen der Erdbevölkerung bis zum Jahr 2100 auf bis zu 12,3 Milliarden. Davon allein in Afrika 5,1 Milliarden.

Unter dem Titel „Ansturm auf Europa“ rechnet der Afrika-Forscher Stephen Smith in einem in der KLEINEN ZEITUNG am 3. Juni 2018 veröffentlichten Interview mit einem Anstieg der afrikanischen Bevölkerung in Europa von derzeit 9 Millionen bis 2050 auf 200 Millionen.

Das sei, so Smith, angesichts der gewaltigen Bevölkerungsexplosion am afrikanischen Kontinent unausweichlich.

Dazu einige Zahlen:

1960 betrug die Bevölkerung Afrikas 280 Millionen, 2018 bereits 1.200 Millionen, die bis 2050 auf 2.500 Millionen ansteigen könnte und die sich damit in weniger als einem Jahrhundert fast verzehnfacht hätte.

Die rasend schnell anwachsende Bevölkerung in Afrika werde sich in einem massiven Bevölkerungsdruck entladen, so Smith. Schon heute hätten 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung südlich der Sahara die Absicht, auszuwandern.

Dennoch zeigt Smith keine Identitätsängste. „Heute besteht die Hälfte der Bevölkerung Londons aus Einwanderern erster oder zweiter Generation. Und dennoch ist London immer noch London.“

Dem ist entgegenzuhalten: 200 Millionen nur schwer integrierbare Menschen aus völlig anderen Kulturen und völlig anderen sozialen Strukturen lassen unweigerlich gewaltige soziale Konflikte befürchten, sodass Afrika-Hilfe in Billionenhöhe die einzige Möglichkeit bleibt, diese Horrorvision von Europa noch abzuwenden. (Siehe dazu auch unsere Afrika-Beiträge auf den Seiten 1 und 20).

Nicht nur über das Mittelmeer, auch auf dem Landweg werden neue Fluchtrouten gesucht

Einem Bericht der BILD-ZEITUNG vom 19. Mai zufolge, warnt die EU-Kommission vor einem „plötzlichen und steilen“ Anstieg der Flüchtlingszahlen auch auf dem Landweg.

Konkret: Über die türkisch-griechische Landgrenze sowie über Albanien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina nach Kroatien und Slowenien. Verstärkt werde der Zuzug auch mit der Aufhebung der Visapflicht durch Serbien für die Einreise aus dem Iran.

Kairo war eine moderne weltoffene Stadt, „bevor die Scharia alles ruinierte“

Eine Facebook-Seite, die Einblick in das einst weltoffene Alltagsleben in muslimischen Ländern, wie Ägypten zeigt, erregte im Februar dieses Jahres auch in Österreich und Deutschland große Aufmerksamkeit. Die deutsche Tageszeitung „Welt“ berichtete am 26. Februar:

„Gamal Abdel Nasser ist sichtlich amüsiert. In einer Filmaufnahme von 1958 ist zu sehen, wie der ägyptische Staatspräsident vor Hunderten Anhängern erzählt, was der Chef der Muslimbruderschaft in einem Gespräch mit ihm gefordert habe: Alle Frauen in Ägypten sollten in der Öffentlichkeit einen Kopfschleier tragen. Gelächter im Saal. Er habe dem Mann geantwortet, ein solches Gesetz wäre die Rückkehr ins Mittelalter.“

Diese „Rückkehr ins Mittelalter“ ist im heutigen Ägypten, wie auch in anderen Moslemstaaten, in vielen Bereichen längst vollzogen, wie der Vergleich von Straßenszenen in Kairo 1958 mit 2018 veranschaulicht:



Westlich gekleidete Musliminnen und Muslime 1958.



Frauen sind heute in Kairos Öffentlichkeit überwiegend verschleiert.



1972



2016

Afghanische Studentinnen 1972 in Kabul ... Miniröcke verschwanden, Burkas kamen.

In anderen Moslemstaaten, wie in Afghanistan zeigt sich die „Rückkehr ins Mittelalter“ noch drastischer, wie zwei Bilder aus Kabul 1972 und 2016 beweisen.

Trump und Orban üben heftige Kritik an Europas Flüchtlingspolitik

Ausschnitt aus der KRONENZEITUNG vom 14. Juli 2018 über ein Interview mit US-Präsidenten Donald Trump:

„Die Zuwanderung sei ‚eine Schande‘ sagte er. ‚Ich denke, dass sie das Gesicht Europas verändert hat, und wenn man nicht sehr schnell handelt, wird es nie mehr wieder sein, was es war, und ich meine das nicht positiv.‘ Er fügte hinzu: ‚Millionen über Millionen zu kommen erlauben, ist sehr sehr traurig‘. Aus seiner Sicht würden die Europäer damit ‚ihre Kultur verlieren.‘“

Noch schärfer verurteilt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die BILD-ZEITUNG zitiert am 27. Juli 2018: „Würde ich eine Flüchtlingspolitik wie ihre Kanzlerin machen, würden mich die Menschen noch am selben Tag aus dem Amt jagen. die Ungarn als jahrzehntelang besetztes Volk sind sehr empfindlich in der Frage ihrer nationalen Unabhängigkeit.“

Deutschlands auflagenstärkstes Massenblatt BILD dokumentiert „die skandalösesten Asylanträge“

Die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) steht seit Ende Mai im Mittelpunkt der Kritik. Der Grund: Das Amt soll etwa 1200 Asylanträge ohne rechtliche Grundlage anerkannt haben. Das nahm BILD nach bekanntgewordenen weiteren Skandalfällen am 21. Juni in größtmöglicher Aufmachung zum Anlass, die skandalösesten Anträge öffentlich zu machen und spricht von einem „neuen Irrsinn im Flüchtlingsamt“:



Die Titelseite vom 21. Juni 2018.

„Selbst erklärte Mörder, Vergewaltiger und andere Schwerverbrecher bekommen in Deutschland Schutz, weil ihnen in ihren Heimatländern die Todesstrafe und Folter drohen.

Es geht um Menschen, die sich selbst(!) als ausgebildete Selbstmord-Attentäter, ISIS-Kämpfer und religiöse Fanatiker dartellen. Sie alle finden im Schutz des Asylrechts Zuflucht in Deutschland.“

In einem weiteren Beitrag am selben Tag dokumentiert BILD „erneut skandalöse Fälle. Und wieder will das Flüchtlingsamt nicht sagen, was aus diesen Menschen wurde und wo sie bei uns leben.“

Sodann zitiert BILD unter Angabe der Aktenzeichen „Die schlimmsten Drohungen beim Asyl-Amt“



- Ein bereits straffällig gewordener Minderjähriger bedrohte die Beamtin „er werde ihr eine reinhauen“ und legte mit der Drohung nach, „er könnte auch eine Bombe legen“.
- Ein Antragsteller in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Hamburg sagte: „Es ist mir alles egal, und wenn ich keinen Transfer bekomme, werde ich einen Anschlag begehen und zu Allah gehen“.
- BILD schildert sodann den Antrag eines Selbstmordattentäters, sowie Anträge in denen Christen-Mord und ein Anschlag auf ein Flugzeug angedroht werden.

250.000 (!) Immigranten als „U-Boote“ stellen ein gewaltiges Gefahrenpotential dar

Im November vorigen Jahres haben wir in KHD-INTERN über Zehntausende illegale Migranten berichtet, die sich entweder einem Asylverfahren entzogen haben oder nach einem abgelehnten Antrag abtauchen, um einer Abschiebung zu entgehen.

Am 23. Juli dieses Jahres sorgte Burgenlands Landeshauptmann Hans Nissl in der KRONENZEITUNG mit der Behauptung für Aufregung, dass sich ihm bekannten Schätzung zufolge in Österreich bereits rund 250.000 illegale Migranten aufhalten.

Das sind die Früchte von permanenter Überforderung bei der Abwicklung Tausender und Abertausender Asylverfahren. Nach Angaben des Innenministeriums tauchen jedes Jahr bis zu 7.000 Illegale in Österreich unter und versuchen sich als „U-Boote“ durchzuschlagen. Viele driften ins kriminelle Milieu ab. In diesem Zusammenhang haben wir schon wiederholt darauf hingewiesen, dass mit einer drastisch erhöhten Zahl von Ausweiskontrollen vor allem in Zügen, auf den Straßen, bei Veranstaltungen als Sofortmaßnahme eine Reduzierung der Anzahl von „U-Boten“ bewirkt werden könnte.

„Asyl auf Zeit“ gerät zur Farce

Der Öffentlichkeit ist es weitestgehend unbekannt, dass der Asylstatus auch von anerkannten Asylwerbern nur für eine Dauer von drei Jahren gilt. Nach Ablauf dieser Zeit müsste eine neuerliche Überprüfung des Fluchtgrundes „sicheres Herkunftsland“ erfolgen.

Ist das nicht der Fall, das heißt dem Asylanten droht dort weiterhin schwere Verfolgung, hat der Asylant Anspruch auf unbefristeten Aufenthalt. In der Praxis wird der unbefristete Aufenthalt weniger als ein Prozent verwehrt, sodass „Asyl auf Zeit“ nur am Papier steht.

Drei junge Männer aus Kärnten und Slowenien mit dem gleichen Ziel:

Gemeinsam in die Zukunft



Durchaus auch kontroverses Kellergespräch im KHD-Haus „Jung mit Alt“.

Die beiden Mitglieder der KHD-Vereinsleitung, Touristikkaufmann Raimund FREITHOFNIG, aktiv in der Jungen ÖVP, und der Student Christian LAUTISCHER, Obmann der deutschsprachigen Jugend in Laibach und Verbandsobmann aller deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien, halten freundschaftlichen Kontakt mit dem Studenten Manuel JUG, Vorstandsmitglied des Zentralverbands slowenischer Organisationen in Kärnten und aktives Mitglied in der SPÖ. Vereint im Streben nach einer friedlichen Zukunft, zeigen Raimund Freithofnig, Manuel Jug und Christian Lautischer in gemeinsamen Veranstaltungen und bei

Gesprächen in geselliger Runde wie unbedeutend sprachliche und ideologische Unterschiede sind. Nachfolgend Auszüge aus deren Beiträgen in der von Christian Lautischer herausgegebenen deutschsprachigen „Laibacher Zeitung“.

Raimund Freithofnig:

Wer die Augen vor der Geschichte verschließt, wird blind für die Zukunft

Heute, im Jahr 2018, sehen und erleben wir glücklicherweise immer weniger Grabenkämpfe zwischen „alten Feinden“, zwischen slowenischen und deutschsprachigen Kärntnern aber hier und da bekommt man diese „Plänkeleien“ doch noch mit. Manche dieser Personen – auf beiden Seiten – bedauern es offenkundig, dass ihnen ein lieb gewonnenes Feindbild genommen wurde.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich verurteile die Verbrechen der Kriegszeit und der Nachkriegszeit, die auf beiden Seiten verübt wurden auf das Schärfste, aber irgendwann kann, darf und muss es ein Ende der gegenseitigen Anschuldigungen geben.

Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers. Aber Tradition endet auch dort, wo stumpfe Ideologie und Demagogie beginnt. Wir müssen den gemeinsamen Konsens und die gemeinsame Freundschaft zu unserem Gegenüber suchen.

In etwas mehr als 2 Jahren feiert Kärnten



Raimund Freithofnig (rechts) legt mit Manuel Jug beim gemeinsamen Opfertedenken in Völkermarkt ein Bekenntnis der Jugend zur sprachenübergreifenden Verständigung ab.

100 Jahre Volksabstimmung und begeht somit eine der bisher größten Landesfeiern, die das Bundesland wahrscheinlich gesehen hat.

Nützen wir diese Gelegenheit und zelebrieren wir gemeinsam und im Konsens dieses Jubiläum. Besonders bedeutend wird bei dieser

Landesfeier die Hervorhebung der geschichtlichen Komponente des Landesfeiertages sein, und diese darf auf keinen Fall von der Landespolitik vernachlässigt werden. Denn wer die Augen vor der Geschichte verschließt, wird blind für die Zukunft.

Abschließend darf ich noch festhalten, dass ich positiv in eine gemeinsame Zukunft in unserer wunderbaren Alpen-Adria-Region blicke und mich auf die Zukunft freue. Es herrscht ein weitgehender Konsens in Kärnten und darüber hinaus mit den verschiedenen Volksgruppenorganisationen: Kulturverein deutschsprachiger Jugend in Slowenien, Zentralverband slowenischer Organisationen, Kärntner Heimatdienst – und das ist auch gut so. Hier gibt es kein links-rechts oder gut-böse Denken, sondern einen Konsens ohne Vorbedingungen, der – das wünsche ich mir – die besten Wege in die Zukunft, unsere und meine Zukunft finden möchte.

Dafür werde ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen auch weiterhin einsetzen!

Christian Lautischer:

Die deutsche Volksgruppe braucht Theoretiker einer neuen Volksidentität

Vor Jahren engagierte der Staat Experten, Historiker und Professoren, die argumentierten, dass es seit 1945 keine deutsche Minderheit mehr auf unserem Boden gebe. Totaler Unsinn. In Slowenien sind mehr Deutsche verblieben, als man glauben dürfte.

Nach 1991 geborene junge Vertreter der deutschen Volksgruppe tragen in sich keine Angst oder Scham wegen ihrer Herkunft. Ganz im Gegenteil. Ihre Zweisprachigkeit und Kenntnis beider Kulturen bringen ihnen mehr Vor- als Nachteile.

Das Interesse für die Kultur ihrer Vorfahren tritt gerade in einer Zeit in den Vordergrund, wo sich in Europa aktuelle Fragen der Integration, Assimilierung oder der Flüchtlinge stellen.

Die Tätigkeit der Minderheiten besteht schon lange nicht mehr nur aus Trachten, Volkstänzen und Museumssammlungen. Volksgruppen sind auch in der Praxis Teil einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft und haben auch die höchsten Positionen in den öffentlichen Ämtern inne. In Slowenien hatten wir in Vergangenheit schon viele Minister, zwei Regierungschefs und sogar einen Staatspräsidenten, die Angehörige der deutschen Volksgruppe waren. Darüber hat die breitere Öffentlichkeit nicht viele Informationen. Dies erklärt die Tatsache, dass die deutsche Volksgruppe keine anerkannte Minderheit ist. Sonst würden sich Angehörige der deutschen Volks-



Der Obmann des Verein „Freiheitsbrücke“ Marburg, Dušan Ludvik Kolnik (rechts) übergibt im April 2017 in den Räumen der Österreichischen Botschaft in Laibach die Funktion „Verbandsobmann der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien“ seinem Nachfolger Christian Lautischer.

gruppe zu exponieren trauen weil ihnen anerkannte Rechte das Selbstbewusstsein stärkten und sie nicht mehr für die eigene Karriere über ihre Muttersprache schweigen müssten.

Zur ersten Ausgabe der Laibacher Zeitung erntete die älteste Zeitung der Stadt Laibach sehr viel Lob, sowohl in der Heimat, als auch aus dem Ausland. Die Zeitung wurde Teil des Kulturmosaiks dieser an Geschichte reichen Stadt.

Fragen der nationalen Identität der Deutschen in Slowenien sind momentan aktueller denn je. Die Volksgruppe braucht Theoretiker einer neuen Identität, mit der unsere Strukturen auch in Zukunft überleben werden.

Deshalb soll dieser Artikel auch ein Appell an junge Angehörige der deutschen Minderheit und auch anderer Volksgruppen sein, Teil unserer Redaktion zu werden und zusammen mit uns Gedanken für die Zukunft zu entwickeln.

Manuel Jug:

Volksgruppenpolitik in Zukunft am Beispiel Kärnten

„Nur wer sich ändert, wird bestehen“. Dieses Zitat stammt von Friedrich Merz und ich denke, dass man vor allem in der Volksgruppenpolitik einiges davon ableiten kann

Die zukünftige Volksgruppenpolitik sehe ich ganz klar im Abbau von Nationalismus. Viel wichtiger sind die Förderung der Sprache, die Kultur sowie auch die Offenheit anderem gegenüber.

Auch die Kommunikation mit früheren

Feinden ist ein wesentlicher, wenn nicht sogar der wesentlichste Teil einer in die Zukunft orientierten Volksgruppenpolitik. Dies gelingt durch gemeinsame Veranstaltungen, bei denen man im Beisammensein viele Dinge findet, die verbinden, obwohl vor einem solchen Dialog einem oftmals nur das Trennende bewusst war.

Ich denke, dass ein Engagement in der Bundes- oder Landespolitik nur dann förderlich für die Volksgruppe ist, wenn Vertreterinnen und Vertreter in Parteien mitarbeiten und kandidieren. Ich finde dies deshalb so wichtig, weil wir alle auf einem gemeinsamen Boden leben und deshalb auch in so vielen Fragen die gleichen Bedürfnisse haben.

Gerade an diesen Beispielen sieht man, dass auch die sehr starke Positionierung an einem Flügel (links oder rechts) nicht der Schlüssel zum Erfolg sein wird. Diese Positionen sollte man meiner Meinung nach vom Potenzial einer fruchtbaren Gemeinsamkeitspolitik überzeugen, um auch Ängste und Vorurteile abzubauen zu können.

Die typische Organisation, die nur für die Volksgruppe da ist, wird auf Dauer nicht überleben können. Das Rezept für die Zukunft ist die Erhaltung und Förderung der Sprache und der Kultur auf allem Ebenen.

Genauso sollte eine Volksgruppenorganisation aber auch Offenheit all jenen gegenüber zeigen, die sich gegen die Extreme und für ein Miteinander der Kulturen einsetzen.

Der Dialog in Kärnten war über viele Jahre hinweg etwas Besonderes und das sollte er auch bleiben, weil es nach und nach zur Normalität wird, dass Andersdenkende bei Veranstaltungen gemeinsam auftreten und danach bei einem Mittagessen zusammensitzen.

Rudolf Schober mit Landesorden in Silber ausgezeichnet



Dem langjährigen Präsidenten des Kärntner Landtages, Rudolf Schober, wurde nach Ausscheiden aus seiner Funktion als Landtagspräsident von Landeshauptmann Peter Kaiser in Anwesenheit zahlreicher Regierungsmitglieder und weiterer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die zweithöchste Auszeichnung des Landes Kärnten, der Landesorden in Silber, verliehen.

Rudi Schober ist dem Kärntner Heimatdienst seit vielen Jahren eng verbunden. Bei zahlreichen, auch gemeinsamen Veranstaltungen mit der Kärntner Konsensgruppe, würdigte er als Spitzenrepräsentant des Landes Kärnten ganz besonders die Versöhnungs- und Verständigungsarbeit, was auch Landeshauptmann Kaiser hervorhob. Rudi Schober, so der Landeshauptmann, habe dazu beigetragen, dass es zu „Handreichungen über vermeintlich historisch gewachsene Gräben gekommen ist“.

Bei seiner heuer erfolgten Kooptierung in die Vereinsleitung des Kärntner Heimatdienstes wurde übereinstimmend seine stets gezeigte Überparteilichkeit gewürdigt, der im Vereinsprogramm des KHD ein besonderer Stellenwert beigemessen wird.

Herzlichen Glückwunsch lieber Rudi!
Josef Feldner

Verdiente Auszeichnung für unermüdliche Kämpferin

Am 5. Juni wurde der langjährigen Obfrau des deutschen Kulturvereins „Frauen Brücken“, Veronika Haring, in den Räumen der Österreichischen Botschaft in Laibach von Botschafterin Sigrid Berka das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ im Rahmen einer kleinen Feier überreicht.

Botschafterin Berka würdigte die großen Verdienste der Ausgezeichneten, die „sich unbeirrt für die Erhaltung des Kulturerbes und für die Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien“ einsetze.

In ihrer Dankrede betonte Veronika Haring: „Deutsche und Slowenen haben das Land wirtschaftlich und kulturell aufgebaut. Jahrhundertlang wurden beiden Sprachen nebeneinander gesprochen. Ich will die deutsche Sprache und Kultur pflegen und weitergeben.“

Der Kärntner Heimatdienst schließt sich den zahlreichen Gratulanten gerne an.



Veronika Haring mit Botschafterin Sigrid Berka und dem Marburger Bürgermeister Andrej Fištravec

MITTEILUNG

EU-Datenschutzgrundverordnung

Sehr geehrte Mitglieder und Bezieher unserer Zeitungen DER KÄRNTNER und KHD-INTERN

Ab 25. Mai 2018 werden Ihre persönlichen Daten auch durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) geschützt. Dazu stellen wir fest: Sie erhalten in unregelmäßigen Abständen unsere Vereinszeitungen DER KÄRNTNER und KHD-INTERN sowie weitere Informationen, wie Einladungen zu Veranstaltungen oder sonstige, unsere Vereinsarbeit betreffende Informationen.

In Erfüllung unserer Informationspflicht möchten wir Sie darüber informieren, dass wir Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zweck des Versands unserer oben näher ausgeführten Mitteilungen verwenden. Ihre Daten werden sorgsam behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Gerne wollen wir Sie auch in Zukunft über unsere Arbeit auf Basis unseres Vereinsprogramms informieren. Diese Informationen sind – wie schon bisher -an keinerlei Verpflichtungen Ihrerseits, welcher Art auch immer verbunden.

Wenn Sie dennoch keine weiteren Zusendungen erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine kurze Mitteilung an: unsere E-Mail-Adresse office@khd.at, per FAX an 0463/540029 oder an unsere Postanschrift 9020 Klagenfurt, Prinzhofenstraße 8.

Sie brauchen Ihre Mitteilung nicht zu begründen. Ihre Daten werden sodann umgehend und vollständig aus unserer Datei genommen.

Mit freundlichen Grüßen
Obmann Dr. Josef Feldner

Bitte um Ihren freiwilligen Beitrag zur Stärkung unserer gemeinnützigen Arbeit

Überparteilich und gemeinnützig. Dieser Aufgabenstellung entsprechend unterstützt der KHD seit Jahren auf vielfältige Weise Projekte unterstützungswürdiger Vereine und Gruppierungen. Traditionsbewusstsein und Zukunftsorientierung sind für uns kein Widerspruch.

Tätigkeitsbericht mit Beispielen aus unserer Unterstützungsarbeit

Eine Auswahl aus der Zeit vom September 2017 bis Juli 2018

Öffentlichkeitsarbeit – Unsere Zeitungen



Eine KHD-Delegation gedenkt der gefallenen Kärntner Abwehrkämpfer. Mai 2018: Gedenken bei der vom KHD errichteten Gedenkstätte in Liescha (Slowenien) an die Kärntner Partisanenopfer. Parallel dazu wird am Zentralfriedhof in Klagenfurt der Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

Bezahlte Einschaltungen und zahlreiche Pressemitteilungen



Die Jugendsprecher des „Zentralverbandes slowenischer Organisationen“, Manuel Jug und des Kärntner Heimatdienstes, Raimund Freithofnig, (von links) gedenkten im Oktober 2017 gemeinsam der Opfer des Abwehrkampfes auf beiden Seiten.



Auf Einladung der „Islamischen Religionsgemeinde Kärnten“ (IRG) sprach sich KHD-Obmann Josef Feldner (im Bild mit IRG-Obmann Esad Memic) in seinem Statement für einen Dialog mit den in Kärnten lebenden Muslimen bei gegenseitigem Respekt aus.

Jugendförderung, Informationsveranstaltungen, Opfergedenken. Eine kleine Auswahl



Mit 3.000 Euro Förderung ermöglichte der KHD die Aufführung von preisgekrönten an Kärntens Schulen produzierten Theaterstücken und fördert damit die Kreativität unserer Jugendlichen. Bild rechts: Zahlreiche informations- und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit der Plattform Kärnten finden breite Zustimmung.

KHD fördert deutsche Volksgruppe in Slowenien, Italien und Slowakei



Obmann Feldner und Finanzreferent Walter Leitner konnten auch im Februar dieses Jahres dem Obmann des Kanaltaler Kulturvereins Karl-Heinz Moschitz 4.000 Euro zum weiteren Ausbau des Kulturhauses in Tarvis übergeben.



Auch heuer förderte der KHD die deutschen Kulturvereine in Slowenien mit 16.000 Euro. Besonders erfreulich: Die Arbeit des Kulturvereins deutschsprachiger Jugend in Laibach, der seit einem Jahr die „Laibacher Zeitung“ herausbringt.

Liebe Förderer des KHD: Nur DANK EURER HILFE

und dank einer uns vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite, sind wir in der Lage, unsere Öffentlichkeitsarbeit für Versöhnung und Verständigung sowie gemeinnützige Projekte zu finanzieren. Da unsere Mittel aber nicht unerschöpflich sind, bitten wir Sie, unsere Arbeit im Dienste der Allgemeinheit im Rahmen Ihrer Möglichkeiten weiterhin mit einem freiwilligen Beitrag zu unterstützen
Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN,
die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung ihres freiwilligen Beitrags unsere Arbeit ermöglicht haben!

Caritas-Präsident Michael Landau: „Die Probleme Afrikas sind unsere“

Migrationsfrage ist ohne Stabilität in Afrika unlösbar



Hunger in Afrika muss weltweit bekämpft werden. Parallel dazu ist Geburtenkontrolle unverzichtbar!

Afrika-Hilfe: In vielen Bereichen Übereinstimmung mit der Caritas

In einem am 2. August im KURIER veröffentlichten Interview mit Caritas-Präsident Michael Landau spricht sich dieser vehement für einen neuen „Marshall-Plan für Afrika“ aus.

Damit und mit weiteren Forderungen geht der Caritas-Präsident mit vielen von den Delegierten der KHD-Hauptversammlung beschlossenen Positionen zu Afrika konform.

Landau kritisiert zu Recht die von außen nach Afrika getragene Handelspolitik als

Von Josef Feldner

■ **Dramatischer Appell von Caritas-Präsident Michael Landau an die Weltgemeinschaft.** ■ **Heftige Kritik an Handelspolitik: Billigwaren überschwemmen Afrika.** ■ **Landau: Auch Österreich muss Hilfe für Afrika verstärken.** ■ **Dazu KHD: Ja, aber parallel dazu bedarf es größter Anstrengungen zum Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung. Damit ersparte Milliarden für Migranten könnten zu großem Teil für Afrika-Hilfe verwendet werden.**

Grund für die Ursachen des Hungers. Es gehe um faire Chancen, insbesondere darum, dass afrikanische Märkte nicht von subventionierten Billigprodukten überschwemmt werden. Afrika könnte sich selbst ernähren, meint Landau.

Forderung nach Marshall-Plan für Afrika hat der KHD schon vor zwei Jahren erhoben

Die internationale Staatengemeinschaft sei heute gefordert, die Länder Afrikas zu unterstützen. Aus Sicht der Caritas sollte ein Marshall-Plan für Afrika vier Säulen beinhalten:

Erstens gehe es um Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Zweitens um Investitionen in Bildung und klein-

bäuerliche Landwirtschaft als Schlüssel für die Welternährung. Drittens um Partnerschaften in Wirtschaft und Handel, auch um viertens ein Sozialsystem aufzubauen, zur Abfederung der schlimmsten Armut.

Dazu fordert der Caritas-Präsident auch Österreich auf, Mittel für den Auslandskatastrophenfonds substanziell aufzustocken und die 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossene Agenda 2030 in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Im Forderungskatalog des Caritas-Präsidenten fehlen allerdings:

- Eine unverzichtbare verpflichtende Geburtenkontrolle und u. a.
- Verstärkte Anstrengungen zur Emanzipierung der Frauen in islamischen afrikanischen Staaten.

JA zur Afrika-Hilfe schließt kategorisches NEIN zu illegaler Massenzuwanderung nicht aus

Das Festhalten der Caritas an einer weiteren illegalen Massenzuwanderung nach Österreich, bei gleichzeitiger Forderung, Österreich in die Afrika-Hilfe im Rahmen eines, wenn auch zu begrüßenden Marshall-Plans mit weiteren Hunderten Millionenbeiträgen einzubinden, geht nicht!

Ein österreichisches JA zu erhöhter Afrika-Hilfe kann nur Hand in Hand mit einer weitgehenden Eindämmung der illegalen Massenzuwanderung verknüpft sein. Parallel dazu sollte der aktuelle EU-Ratsvorsitz genutzt werden, auf einen EU-Beschluss zum raschen, von der Weltgemeinschaft zu finanzierenden Wiederaufbau der zerstörten Städte in Syrien und im Irak zu drängen. Dazu sollten in großem Umfang syrische und irakische Asylanten mit nur subsidiä-

rem Schutz aus Europa in ihre Heimat zurückgeführt werden. Die durch einen weitestgehenden Stopp der illegalen Massenzuwanderung ersparten Milliarden und die wegfallenden Kosten für Tausende in ihre Heimat zurückgeführten Flüchtlinge, könnten zu einem großen Teil als österreichischer Beitrag zur Afrika-Hilfe der Weltgemeinschaft ohne zusätzliche Belastung des Budgets verwendet werden. Die Vorschläge des Heimatdienstes zur

nachhaltigen Lösung der Flüchtlingsfrage sind jedenfalls weitaus humaner als jene von NGOs, die den Zuzug von weiteren Hunderttausenden Afrikanern, denen in der großen Masse ein Leben in noch so bescheidenen Verhältnissen verwehrt bleiben wird, befürworten.

Der KHD hat mit seinem erfolgreichen Verständigungs- und Versöhnungsweg in Kärnten und mit seiner Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben nach Maßgabe unserer Aufnahmekapazität auch mit Immigranten aus anderen Kulturen, sofern diese unsere Gesetze akzeptieren und unsere Lebensweise respektieren, seine Friedenliebe hinlänglich bewiesen.